



Lech, Jaroslaw Kaczyński

POLEN

Glücklose Sieger

Die Kaczyński-Zwillinge, die nun in Warschau regieren, haben sich einen Fehlstart geleistet: Für die angekündigten sozialen Wohltaten fehlt das nötige Geld, wichtige Wahlversprechen lassen sich nicht halten, und die Regierung ist von unberechenbaren Partnern abhängig.

Lech Kaczyński, der designierte Präsident, hatte im Wahlkampf angekündigt, er werde die geplante deutsch-russische Erdgas-Pipeline durch die Ostsee verhindern. Seine Experten behaupten auch jetzt noch, Warschau müsse seine Zustimmung zu dem Projekt geben, weil die „Ausschließliche Wirtschaftszone“ Polens berührt sei.

Jedem der Ostsee-Anrainer steht ein bis zu 200 Seemeilen breiter Küstenstreifen zu. Allerdings haben andere Staaten gleich-



wohl das Recht, „unterseeische Rohrleitungen“ zu legen, heißt es in einer Expertise der Universität Rostock. „Die Polen haben keine wirklich effektive Möglichkeit, die Pipeline zu verhindern“, meint deshalb Roland Götz von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Auch die neue, von Jaroslaw Kaczyńskis „Partei Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) geführte Regierung sieht anders aus als gedacht. Kaczyński, der nicht Premier werden wollte, um die Wahl seines Bruders zum Präsidenten nicht zu gefährden, brüskierte die liberale Bürgerplattform so lange, bis die ihre Zusammenarbeit aufkündigte. Jetzt führt Premier Kazimierz Marcinkiewicz ein Minderheitskabinett, das auf Unterstützung im rechtspopulistischen Lager angewiesen ist: Dazu gehört der unberechenbare Bauernführer Andrzej Lepper, der wegen politischer Entgleisungen mehrfach vorbestraft ist und die EU-Beitrittsverträge neu verhandeln will. Als Mehrheitsbeschaffer dient sich auch die nationalistische Liga der polnischen Familien an. Sie gilt als politischer Arm des katholischen Eiferers Tadeusz Rydzyk und seines antisemitischen Senders Radio Marija.

Die PiS-Regierung muss sich diese Woche einer Vertrauensabstimmung im Parlament stellen. Die liberale Bürgerplattform hofft bereits auf eine Revanche bei vorzeitigen Neuwahlen.

IRAK

Comeback für Alawi?

Sechs Wochen vor der Parlamentswahl steht Ex-Premier Ijad Alawi, 60, vor einem Comeback. Im Wettstreit mit dem mächtigen Wahlblock der schiitischen Mehrheit und der kurdischen Einheitsliste bekommt Alawis laizistische „Irakische Liste“ überraschende Unterstützung durch einen neuen Bündnispartner: Die Sunniten, die im Oktober zum Teil das Verfassungsreferendum boykottierten, sind offenbar zur Teilnahme an den Wahlen am 15. Dezember entschlossen. Unter der Führung des einflussreichen Scheichs Adnan al-Duleimi schlossen sich die

meisten sunnitischen Parteien Alawis Bündnis an. Mittelfristig könnte der Ex-Premier, der von Juni 2004 bis April dieses Jahres an der Spitze der Regierung stand, womöglich sogar mit den Kurden koalieren. Tonangebende Füh-

rer diskutieren derzeit die Option, sich aus der Allianz mit den streng religiösen Schiiten zu lösen und sich Alawis überkonfessioneller Sammlungsbewegung anzunähern. Vor allem die ausgeprägte proiranische Haltung des amtierenden Ministerpräsidenten Ibrahim al-Dschaafari stößt bei den Kurden zunehmend auf Kritik. Auch der schiitische Politiker Ahmed Tschalabi, der einst dem Weißen Haus versprach, im Irak werde es Rosenblüten statt Bomben regnen, verhandelt angeblich bereits über einen Wechsel seiner säkular ausgerichteten Partei an die Seite Alawis.



Alawi